

# EU – Sahel

## Machtansprüche und Externalisierung

von Christoph Marischka

Am 13. Oktober 2021 würdigte die Bundesregierung mit einem großen Zapfenstreich den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und gedachte der Gefallenen. Da wurde auch vermeintlich selbstkritisch auf die von der Politik formulierten Ziele und Erwartungen an den Einsatz geblickt. Doch für Bundespräsidenten Steinmeier stand trotzdem fest: „Ich hoffe, dass wir in 20 Jahren nicht auf diese Wegscheide zurückblicken und sagen: Resignation und Rückzug war die Antwort auf Afghanistan [...] Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nach Afghanistan muss ehrlicher, klüger und stärker werden.“ Immer wieder fiel in diesem Zusammenhang das Stichwort „Mali“. Auch dieser Einsatz gehöre auf den Prüfstand (genau genommen handelt es sich dabei um zwei Einsätze, für die zusammen bis zu 1.700 deutsche Kräfte mandatiert sind). Tatsächlich läuft die westliche Intervention in der sog. Sahel-Region spätestens seit 2016 völlig aus dem Ruder. Das in Mali von der EU ausgebildete und von Deutschland u.a. im Zuge der „Ertüchtigungsinitiative“ ausgerüstete Militär hat sich trotz internationaler Kritik an die Macht geputscht. Die Zahl und der Aktionsradius der bewaffneten, aufständischen Gruppen wächst, während die Bewegungsfreiheit der internationalen Truppen immer kleiner wird. Damit schwinden auch die Möglichkeiten des flankierenden Staatsaufbaus. Dementsprechend wird das Vorgehen robuster. Hoffnung setzt man nun v.a. auf den Ausbau der (ersten) europäischen Spezialkräfte-Mission „Takuba“. Ende März bestätigte die UN-Mission MINUSMA vor Ort – an der Deutschland beteiligt ist – was die französische und deutsche Regierung zuvor als Propaganda im Dienste des Terrors zurückgewiesen hatten: dass die französische Luftwaffe am 3. Januar 2021 nahe dem Ort Bounti versehentlich eine Hochzeitsfeier bombardiert hatte. Solche Luftangriffe sind in Mali längst keine Ausnahme mehr – das französische Verteidigungsministerium gibt anschließend die Zahl der „neutralisierten“ Aufständischen (und ihrer Fahrzeuge) typischer Weise in Dutzenden an.

Selbst regierungsnahe Thinktanks und Angehörige der „Sicherheitspolitischen Community“ sprechen mittlerweile von einem kontraproduktiven Einsatz, vage definierten und unerreichbaren Zielen und warnen vor einem „Mission Creep“: einer fortgesetzten Ausweitung eines militärischen Einsatzes infolge seines faktisch bereits erfolgten Scheiterns. Das Magazin des Reservistenverbandes mit dem vielsagenden Namen „loyal“ hatte bereits Anfang 2017 seinen Leitartikel zum Schwerpunkt „Im malischen Treibsand“ mit dem Titel „Mission Impossible?“ überschrieben. Eigentlich gute Ausgangsbedingungen für eine neue Bundesregierung, um die Reißleine zu ziehen. Doch das ist aus zwei Gründen unwahrscheinlich.

Denn die kommende Bundesregierung wird sich vermutlich aus Grünen, FDP und SPD zusammensetzen. V.a. die beiden „Königsmacher\*innen“ versprechen, den Zielkonflikt zwischen Ökologie und Wachstum durch technologische Innovationen und damit verbundene Subventionen aufzuheben – z. B. der Stahlindustrie bei der Umstellung auf „grünen Wasserstoff“ oder der Automobilindustrie bei der Umstellung auf Elektromobilität. Es handelt sich dabei um eine Externalisierungsstrategie, bei der die Kosten für Energie- und Rohstoffgewinnung Drittstaaten aufgebürdet und obendrein hierzulande öffentliche Mittel in private Profite umgewandelt werden. Doch diese Externalisierung braucht auch konkrete Räume und dafür bieten sich für Europa aus einer nach wie vor kolonialen Sicht „die ungenutzten Flächen“ ([ingenieur.de](http://ingenieur.de)) in der Sahel-Region an. Bereits seit Jahrzehnten bezieht Frankreich den Rohstoff seiner nuklearen Energiegewinnung zu großen Teilen aus Niger. Ende der Nullerjahre formierte sich das deutsche Kapital unter dem Schlagwort Desertec, um „Wüstenstrom“ aus Afrika nach Europa zu importieren. Was damals noch durch ein Hochspannungs-Übertragungsnetz realisiert werden sollte, soll nun in Form von grünem Wasserstoff klimaneutral über Pipelines und Tanker die Kontinente über jenes Mittel-



Screenshot des Selbstdarstellungsvideos von Firefinch Ltd auf ihrer Homepage. Zu den Abnehmern des Lithiums zur Produktion von Batterien zählen u.a. Tesla, VW und BMW. Quelle: [firefinchltd.com/project/goulamina/](http://firefinchltd.com/project/goulamina/).

meer verbinden, das die EU gegenüber den Menschen aus Afrika in ein Massengrab verwandelt hat. Damals wie heute werden diese Externalisierungsstrategien getragen durch eine öffentliche Forschungspolitik, welche diese großtechnischen Lösungen vorbereitet. Kürzlich etwa hat die Abteilung „Techno-ökonomische Systemanalyse“ des Forschungszentrums Jülich im Zuge der Wasserstoffstrategie der Bundesregierung einen H2-Atlas Afrika veröffentlicht – ein interaktives Werkzeug, mit dem sich für die Mitgliedstaaten der ECOWAS die Potentiale zur Gewinnung von Wasserstoff, Wind- und Solarenergie anzeigen lassen – in Preisen, die z.B. Transport-, Wasser- und Umsiedelungskosten nicht einkalkulieren. Aktuell verspricht das australische Bergbauunternehmen Firefinch Ltd. Ab 2023 auch einen hochgradig kritischen Rohstoff der Elektromobilität in der Region zu gewinnen. Im Süden Malis soll auf 100qkm eine Lithium-Mine entstehen, die mit Wasser aus dem Selingue-Damm versorgt wird (der mit sehr begrenztem Zufluss bislang eine zentrale Rolle für die Landwirtschaft in verschiedenen Teilen des Landes spielt).

Auch jenseits dieser Externalisierung spielt die sog. Sahel-Region für die Europäische Union eine herausragende Rolle – und zwar für ihre nach wie vor im Entstehen begriffene gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nirgendwo sonst kann dem immer wieder erhobenen und bekräftigten Gestaltungsanspruch Ausdruck verliehen werden. Zumindest aktuell scheint undenkbar, dass sich die EU im „Nahen Osten“ oder an den Grenzen zu Russland „auf

Augenhöhe“ mit der NATO „engagiert“. Zumindest in Teilen lässt sich die Transformation der Region in ein Kriegsgebiet auch aus diesem Anspruch erklären. Die „Europäische Sicherheitsstrategie“ von 2003 erklärte „Scheiternde Staaten“ zum wahrscheinlichsten Einsatzgebiet für „ein sicheres Europa in einer besseren Welt“. Nach einigen kurzfristigen „Übungseinsätzen“ – ebenfalls überwiegend auf dem afrikanischen Kontinent – veröffentlichte der eben erst aufgestellte Europäische Auswärtige Dienst im März 2011 seine erste Regionalstrategie „für Sicherheit und Entwicklung im Sahel“. Diese sah bereits eine umfangreiche Aufrüstung und Umstrukturierung der Region vor mit dem expliziten Ziel, „die Basis für Handel und Investitionen aus der EU [zu] schaffen“. Dass tatsächlich zeitgleich die NATO unter französischer Führung Libyen bombardierte und damit wesentlich die seitdem stattfindende Eskalation in Gang setzen, muss zumindest erwähnt werden – ohne einen Zusammenhang zu suggerieren. Denn Geopolitik folgt nicht großen Plänen, sondern entfaltet sich aus Widersprüchen, meist als Tragödie.

Dass die Tragödie in Mali und den Nachbarstaaten vermutlich anhalten wird, ist letztlich auch dem Denken zu verdanken, das eine sich jung, „europäisch“ und progressiv gebende Partei (Volt) auf Wahlkampf-Plakaten als Maxime formulierte: „Europäisch denken – global handeln“.

# Manöver als Brandbeschleuniger

Bericht vom 25. Kongress der Informationsstelle Militarisierung

Zum inzwischen 25. Mal fand am Samstag, den 20. November 2021, der alljährliche Kongress der Informationsstelle Militarisierung statt. Pandemiebedingt auf mehreren Ebenen – in Präsenz, im Radiolivestream und im Internet – beschäftigten sich dabei durchgängig über 150 Interessierte mit dem Thema „Manöver als Brandbeschleuniger“. Durchgehend wurde dabei in den Beiträgen der Panels wie auch aus dem Publikum auf die von den zunehmenden Manövertätigkeiten ausgehenden Gefahren verwiesen, die aus diesem Grund verstärkt in den Fokus der Friedens- und Antikriegsbewegung rücken sollten.

Den Auftakt bestritt IMI-Vorstand Tobias Pflüger, der einen Einstieg in „Manöver als gefährliche Machtdemonstrationen“ bot. Er ging dabei auf verschiedene Manöverformen – vom Planspiel bis zur konkreten Gefechtsübung – ein, die auch im Umfang stark variieren würden: von wenigen SoldatInnen bis hin zu hohen fünfstelligen Zahlen. Geprobt würden dabei von der NATO u.a. Einsätze zur Rohstoffsicherung, aber auch Angriffsszenarien im Zusammenhang von Großmachtkriegen, die nichts mit Landesverteidigung zu tun hätten. Im Zuge dieser Manöver komme es immer häufiger zu Beinahe-Zusammenstößen zwischen westlichen und russischen Truppen. Dies sei besonders gefährlich, weil gleichzeitig viele der Kommunikationskanäle, die im Kalten Krieg eine Eskalation vermeiden helfen sollten – „rotes Telefon“, „heißer Draht“ usw. – heute nicht mehr existieren.

Im Rahmen des Panels „Logistik für Übung und Ernstfall“ zeigten Victoria Kropp (Friedensforscherin) und Alexander Kleiß (IMI-Beirat) aktuelle Schritte der EU und der NATO auf, die zusammen an einem Ausbau der logistischen Infra- und Kommandostrukturen arbeiten. Victoria Kropp erklärte, dass Militärische Mobilität den ungehinderten Transport von Truppen und Material über EUropäische Landesgrenzen hinweg ermöglichen solle. Auf EU-Ebene sei die Militärische Mobilität eine der Verpflichtungen von PESCO und es

bestehe ein EU-Aktionsplan für Militärische Mobilität. Skandalös sei die Finanzierung des Ausbaus der Militärischen Mobilität in der EU, die u.a. durch den EU-Wiederaufbaufonds erfolge, der zur Bewältigung der Pandemie eingerichtet wurde. Die EU arbeite mit der NATO zusammen, die die Fähigkeit anstrebe, Truppen innerhalb von 48 bis 72 Stunden im gesamten Bündnisgebiet verlegen zu können. Die Verlegungen sollten provozieren, abschrecken oder die Kriegsbereitschaft demonstrieren. Alexander Kleiß stellte das Multinationale Kommando Operative Führung und das Joint Support and Enabling Command (JSEC) in Ulm vor. Ersteres sei für multinationale Einsätze der EU und der NATO zuständig. Das seit September 2021 voll einsatzfähige JSEC, im Grunde ein Mobilmachungszentrum für NATO-Einsätze und Manöver, sei u.a. für die Koordinierung der Truppenbewegungen in Europa, die Transportlogistik und im Rahmen des PESCO-Projekts Militärische Mobilität für die Planung wichtiger Doppelnutzungs-Infrastruktur zuständig. Proteste gegen das JSEC habe es bereits in Ulm gegeben, weitere seien wahrscheinlich.

Aaron Lye, Informatiker und Mitglied im Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFV) stellte in seinem Vortrag „NATO-Manöver im Cyberraum“ zunächst cursorisch Akteure, Ziele und Methoden von Cyberangriffen vor. Dabei spielten als Akteure Staaten und als Ziel die Unterstützung militärischer Operationen eine wachsende Rolle. Ein Angriff erfolge immer in zwei Phasen: Die erste bestehe in der Analyse der anzugreifenden Systeme und der Ausspähung von Sicherheitslücken, die zweite dann in deren Nutzung. Anschließend stellte er drei Cyber-Übungen vor, die regelmäßig und in wechselnder Zusammensetzung von der NATO durchgeführt würden. Bei der Übung „Cyber Coalition“ würden v.a. Entscheidungsstrukturen eingeübt, bei „Locked Shields“ hingegen versuchen mehrere Teams mit insgesamt ca. 1.000 Teilnehmenden, Cyber-